



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Unterausschusses
Jugendhilfeplanung am 22.01.2019**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Kleiner Saal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale)

Zeit: 16:00 Uhr bis 18:16 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Uwe Kramer	Ausschussvorsitzender stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Gaby Hayne	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Kerstin Köferstein	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Heike Wießner	stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss
Ute Haupt	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Klaus Hopfgarten	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Melanie Ranft	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Dr. Regina Schöps	Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM

Gäste

Frau Hemming	Halleschen Kinder- und Jugendstudie 2018 – WAS GEHT
Frau Reising	Halleschen Kinder- und Jugendstudie 2018 – WAS GEHT
Herr Tillmann	Halleschen Kinder- und Jugendstudie 2018 – WAS GEHT

Verwaltung:

Uwe Weiske	Sozialplaner
Beate Erfurth	Kitafachplanerin
Silke Bühler	Sozialplanerin
René Lukas	stellv. Protokollführer

zu Einwohnerfragestunde

Es gab keine Fragen von Einwohnern.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die öffentliche Sitzung des Unterausschusses Jugendhilfeplanung wurde vom Ausschussvorsitzenden, **Herrn Kramer**, eröffnet und geleitet. Er stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Kramer gab bekannt, dass Herr Teschner vom Haus der Jugend anwesend ist. Er möchte zum Thema Jugendberatung im Kontext der Vorlage VI/2017/03420 Umsetzung der Jugendarbeit in der Stadt Halle (Saale) in den Jahren 2018 und 2019 sprechen.

Er bat die Ausschussmitglieder um Abstimmung des Rederechts für Herrn Teschner.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Es gab keine weiteren Anmerkungen zur Tagesordnung, so dass **Herr Kramer** um Abstimmung bat.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Es wurde folgende Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 16.10.2018
4. Beschlussvorlagen
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
7. Mitteilungen
- 7.1. Vorstellung der Halleschen Kinder- und Jugendstudie 2018 – WAS GEHT
- 7.2. Umsetzung des Auftrages des Jugendhilfeausschusses zum Thema Jugendberatung im Kontext der Vorlage VI/2017/03420 Umsetzung der Jugendarbeit in der Stadt Halle (Saale) in den Jahren 2018 und 2019 Vorlage einen Vorschlag bis Februar 2019 vorzulegen.
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

zu 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 16.10.2018

Die Niederschrift vom 16.10.2018 bestätigt.

zu 4 Beschlussvorlagen

Es lagen keine Beschlussvorlagen vor.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine Anträge von Fraktion und Stadträten vor.

zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 7 Mitteilungen

zu 7.1 Vorstellung der Halleschen Kinder- und Jugendstudie 2018 – WAS GEHT

Frau Reising, Frau Heming und Herr Tillmann informierten anhand einer Präsentation über die Hallesche Kinder- und Jugendstudie 2018 – WAS GEHT.

Herr Kramer bedankte sich für die Vorstellung und schlug vor, Nachfragen in Bereiche zur Studie und Handlungsempfehlungen zu trennen.

Frau Wießner fragte, ob die Jugendlichen alle Fragen aus dem Fragebogen beantwortet haben bzw. spezifische Fragen ausgelassen wurden. Des Weiteren erkundigte sie sich, welche Jugendlichen konkret befragt wurden.

Sie bemerkte die Darstellung „Nutzung von Freizeitangeboten“. Hierbei stellte Sie fest, dass die Schulform Gymnasium und andere Schulformen getrennt dargestellt worden.

Herr Tillmann nahm Bezug zur Befragung von Jugendlichen als Datengrundlage. Er teilte mit, dass bestimmte Schulen einbezogen wurden. Eine flächendeckende Abfrage von Schulen war nicht möglich. Es wurde eine überregionale stichprobenartige Abfrage durchgeführt. Er bemerkte, dass sich mit einer Schulstichprobe unweigerlich Ungenauigkeiten darstellen.

Herr Kramer fügte hinzu, dass es ein volles Schulprogramm bzw. Schulsystem nicht in jedem Stadtteil gibt. Somit wäre eine derartige Darstellung unvoreteilhaft.

Herr Tillmann nahm Bezug auf die angesprochenen Fragebögen. Er teilte mit, dass generell nicht auswertbare Fragebögen aussortiert wurden. Die Datenbasis die jetzt vorliegt, wurde nutzbringend geprüft und eingestuft.

Frau Ranft bemerkte, dass ihr ein Sportcontainer in Heide Süd bekannt sei. Sie fragte, ob dieser berücksichtigt wurde.

Herr Tillmann sagte, dass diese Sportcontainer in der Angebotsrecherche nicht berücksichtigt wurden.

Herr Kramer teilte mit, dass dort familienorientiert gearbeitet wird, nicht zwingend jugendorientiert. Es ist dahingehend kein Jugendclub, sondern ein Angebot für Familien.

Frau Ranft empfahl, diesen Sachverhalt zu prüfen.

Herr Kramer erwähnte, den Aspekt der Problembelastungen aus der Adressatenperspektive. Er wies auf die Spalten „Nicht wissen was aus einem wird“ und „Angst, keinen Job/Ausbildung zu finden“. Er fragte, ob es eine Vermutung oder einen Anhaltspunkt zur dieser Problembelastung der Jugendlichen gibt.

Herr Tillmann sagte, dass die Jugendlichen den Arbeitsmarkt bzw. ihre Perspektiven aus dem Umfeld ihre Familie wahrnehmen. Die Besorgnis und die Befürchtung die gleichen Erlebnisse und Enttäuschungen hinsichtlich des Arbeitsmarktes zu erleben, beschäftigt die Jugendlichen sehr.

Frau Wießner wies auf den Aspekt „Nutzung von Beratungsangeboten“ hin. Dort wurde erläutert, dass die Angebote nicht zu den Wünschen der Jugendlichen passen. Sie sagte, dass sich im eigentlichen Beratungsgespräch eine Wunschvorstellung ergeben sollte. Sie fragte, welche Vorstellung Jugendliche von einem Beratungsgespräch haben.

Frau Heming berichtete, dass der Fragebogen Hinweise geben sollte, welche konkreten Beratungsangebote die Jugendlichen nutzen und welche sie sich wünschen.

Frau Erfurth bemerkte die Darstellung des hohen Anteils von Ausländerfeindlichkeit in Halle Neustadt. Dort wurde eine 46 % ausländerfeindliche Tendenz festgestellt. Sie erkundigte sich, wer von den 2000 befragten Kindern und Jugendlichen in Halle Neustadt wohnt.

Herr Tillmann sagte, dass eine genaue Zahl nicht vorliegt.

Frau Bühler bat um eine Gegenüberstellung, wie viele Jugendliche im Stadtteil „Frohe Zukunft“ wohnen. Es soll damit dargestellt werden, warum in diesem Stadtteil eine Jugendeinrichtung benötigt wird. Sie erkundigte sich, ob die Möglichkeit besteht, aufgefallene Aspekte hinsichtlich dieser Studie anzusprechen. Sie betonte, dass diese teilweise fehlerhaft und nicht aktuell sind. Frau Bühler fragte, ob in gemeinsamer Zusammenarbeit eine aktuellere Zusammenfassung entstehen könnte.

Herr Tillmann betonte, dass die Dateien der Verwaltung zur Verfügung stehen. Diese sollten als Grundlage für die Weiterentwicklung betrachtet bzw. genutzt werden.

Frau Haupt fragte, ob die Sichtweise bzw. Auffassung besteht, dass im Gegensatz zu den festen Einrichtungen mehr die mobilen Einrichtungen angeboten werden müssen.

Frau Heming teilte mit, dass über die mobilen Angebote mit der Verwaltung bereits gesprochen wurde. Es ist sinnvoller feste Einrichtungen in den Stadtteilen zu nutzen, wo es wenig Angebote gibt.

Herr Kramer bat die Ausschussmitglieder um eine Rückmeldung, über den Vorgang bzw. Weiterentwicklung der Handlungsempfehlungen.

Frau Haupt fragte, ob diese mobilen Angebote realisierbar sind. Sie betonte, dass der Wunsch nach mehr sportlichen Möglichkeiten sehr groß ist. Weiterhin erkundigte sie sich, ob man die Zusammensetzung mehrerer Sportvereine und die Möglichkeiten sportlicher Betätigungen mit neuen Angeboten an freien Flächen gleichsetzen könne.

Frau Heming antwortete, dass man innerhalb der offenen Angebote, gezielt nach den neuen Trendsportarten schauen möchte. Man möchte Vereine dazu verpflichten, zu dem normalen Vereinsangebot, niedrigschwellige Angebote für Jugendliche bereitzustellen, um deren sportliche Sozialisation zu fördern. Sie verwies auf die Fragebögen der Jugendlichen im Anhang der Beschlussvorlage. **Frau Heming** sprach sich gegen die mobilen Angebote aus.

Herr Kramer wies darauf hin, dass auch die Stadtteile „Frohe Zukunft“ und „Landrain“ bei der Planung berücksichtigt werden sollten.

Frau Haupt sagte, dass einige Aspekte in der langfristigen Jugendhilfeplanung enthalten sind. Sie fragte, wie man die Umsetzung der Planung möglichst schnell realisieren kann.

Herr Weiske teilte mit, dass die Studie auf die direkten Befragungen der Jugendlichen, und auf Empfehlungen vom DJI beruht. Er sagte, dass man auf Grundlage der Empfehlungen, Verhandlungen führen könnte.

Frau Haupt wies darauf hin, dass mehrere Vorgehensweisen möglich sind. Es können Anträge nach Absprache innerhalb der Fraktionen gestellt werden oder Diskussionen innerhalb des Ausschusses zur Umsetzung genutzt werden.

Herr Weiske antwortete, dass einzelne Anträge einen Sinn ergeben, aber der Gesamtkontext dort fehlt. Diesen kann die Jugendhilfe liefern.

Frau Dr. Schöps sagte, dass die Studie eine weitergehende Arbeitsgrundlage sein soll. Dabei ist zu beachten, da die mittelfristige Jugendhilfeplanung dieses Jahr ausläuft.

Frau Ranft wies darauf hin, dass die Studie weniger neue Ideen liefert, viel mehr ist sie eine Bestätigung von dem, wie bereits vorgegangen wird. Sie bat darum, dass die Verwaltung, die Handlungsanweisungen mit Maßnahmen hinterlegen sollte. **Frau Ranft** fragte, was man machen könne, wenn die Diagnose der Parallelgesellschaft in Halle Neustadt bestätigt wird. Sie bat um eine Handlungsempfehlung, wie dies grundsätzlich vermieden werden könnte.

Frau Wiesner informierte, dass laut eines Artikels in der Mitteldeutschen Zeitung „Handlungsweise des Oberbürgermeisters“ zwei Vollzeitstellen pro Einrichtung empfohlen wurden. Weiterhin sollte für jedes Kind ein kostenloses Ticket für die HAVAG bereitgestellt werden. Es ist in Folge des städtischen Haushaltes schwer umsetzbar.

zu 7.2 Umsetzung des Auftrages des Jugendhilfeausschusses zum Thema Jugendberatung im Kontext der Vorlage VI/2017/03420 Umsetzung der Jugendarbeit in der Stadt Halle (Saale) in den Jahren 2018 und 2019 Vorlage einen Vorschlag bis Februar 2019 vorzulegen.

In Abstimmung mit den Ausschussmitgliedern wurde Herrn Teschner das Rederecht erteilt.

Herr Kramer informierte über die Erstellung einer gemeinsamen Beschlussvorlage der Verwaltung und des Stadtjugendrings. Ziel und Inhalt soll es sein, einen Entwurf zu gestalten, wie Jugendberatung/ Jugendinformation in der Stadt funktionieren könnte.

Herr Teschner sprach sich dafür aus, die Jugendberatung als weiteres Angebot der Stadt im Haus der Jugend zu etablieren.

Herr Kramer wies darauf hin, dass die Schnittstellenarbeit, z.B. Jugendarbeit und Sport oder Jugendarbeit und Schule ausschließlich zusammen funktioniert. Er plädierte für eine Vielzahl von Angeboten an Veranstaltungen, die die Interessen der Jugendlichen wecken sollen.

Herr Kramer fragte, wie viele Beratungsleistungen, wann und wo gebraucht werden.

Frau Wiesner schlug vor, sich bei den Mitarbeitern des Kinder – und Elterntelefons zu erkundigen, welche Fragen die Jugendlichen dort stellen.

Herr Kramer sprach sich für eine unterstützende Funktion bei den kommenden Beratungen, der Steuerungsgruppen und Beratungsstellen aus. Das Angebot der Leistungsbeschreibung stellt ein Angebot im Auftrag der Stadt dar, was die freien Träger umsetzen und offen ausgeschrieben werden soll.

Herr Kramer wies darauf hin, dass die heutige Mitteilung als Beschlussvorlage in den kommenden Jugendhilfeausschuss behandelt wird.

Herr Weiske fragte, wie man dem Jugendhilfeausschuss das Veto zum Beschlusspunkt 3, Jugendberatung, vermitteln kann.

Herr Kramer antwortete, dass man dem Jugendhilfeausschuss die Empfehlung über den Beschlusspunkt entweder als gesamten Ausschuss oder als Ausschussvorsitzender mitteilen kann. Die Mitglieder können dann darüber diskutieren.

Frau Köferstein fragte, inwiefern sich Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit voneinander abgrenzen und wie das miteinander funktioniert. Sie bat um Auskunft, wo Informationen zur geplanten Anlaufstelle in Kombination mit der Online Beratung zu finden sind.

Herr Kramer teilte mit, dass die gewünschten Informationen unter dem Punkt „Jugendinformation“ zu finden sind.

Frau Köferstein fragte, ob man die Jugendlichen mittels einer Beratung mehr dazu animieren könnte, in das Haus der Jugend zu gehen.

Herr Kramer sprach sich für eine Erweiterung der Angebote im Haus der Jugend aus. Mobile Jugendberatung, Jugendinformation und Schnittstellenarbeit sind wichtig. Im Falle, man findet keinen freien Träger, der dieses geplante Rahmenkonzept entwickeln möchte, könnte man das Konzept anhand der Änderungswünsche nach Absprache umschreiben.

Frau Dr. Schöps bat darum die Online Beratung in Form von einem Chat erneut aufzugreifen und stärker zu betonen. Sie merkte an, dass eine weitere Anlaufstelle zu bestimmten Sprechzeiten für die Jugendlichen eingerichtet werden könnte.

Herr Kramer regte die Ausschussmitglieder an, Entwurfsergänzungen vorzunehmen. Er teilte mit, dass er die Mitteilung zur Thematik als Beschlussvorlage in den nächsten Jugendhilfeausschuss einbringen möchte.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, bat **Herr Kramer** um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Es lagen keine mündlichen Anfragen vor.

zu 9 Anregungen

Es wurden keine Anregungen gegeben.

Herr Kramer beendete den öffentlichen Teil der Sitzung.

Für die Richtigkeit:

Uwe Kramer
Ausschussvorsitzender

René Lukas
stellv. Protokollführer